

3.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 17.März 1954

152/J

A n f r a g e

der Abg. A i g n e r, Dr. K o r e f, E n g e und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Belästigung von Beamten des Arbeitsinspektorates.

-o--o--o--

Den unterzeichneten Abgeordneten wurde eine Aussendung der Stadt-
parteileitung Linz der Österreichischen Volkspartei zur Kenntnis ge-
bracht, die darauf abzielt, in das Privatleben von Beamten des Arbeits-
inspektorates hineinzuschnüffeln.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Parteifreund! Wir bitten Sie, über die im Betreff an-
gegebene Person raschestmöglich eine Erhebung über ihr politisches,
charakterliches und staatsbürgerliches Verhalten durchzuführen und den
umseitigen Fragebogen möglichst vollständig auszufertigen und uns in
einem geschlossenen Briefumschlag zu übermitteln. Wir ersuchen um ver-
trauliche Behandlung und danken im voraus für Ihre Bemühungen. Aus einem
besonderen Anlass ist die Überprüfung der Arbeitsinspektoren nach ihrer
politischen Zugehörigkeit erforderlich. Wir ersuchen Sie, streng ver-
traulich und dringend über obgenannte Person folgende Erhebungen anzu-
stellen:

- a) Mitglied bei der ÖVP und seit wann?
- b) Nahestehend (bzw. Mitglied nahestehender Organisationen oder
konfessioneller Vereinigungen)?
- c) Gegnerisch eingestellt?
- d) Sonstige Wahrnehmungen?

Mit besten Parteigrüssen
f.d.Österr.Volkspartei
Stadtparteileitung Linz a.D.
Karl Reichstetter e.h.
Stadtparteisekretär"

Im Erhebungsbogen wird unter anderem auch folgendes gefragt:

"Allgemeiner Bericht über sein (ihr) Vorleben und Beurteilung der
zuletzt wahrgenommenen Eindrücke über das weltanschauliche und gesell-
schaftliche Denken und Handeln, sowie der politischen Einstellung und
Tätigkeit, das charakterliche Benehmen gegenüber Staat, Religion, Familie
und Mitmenschen.(Gegebenenfalls auch seiner (ihrer) Eltern oder nächsten
Anverwandten)."

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister
die nachstehende

A n f r a g e:

Welche Massnahmen gedenkt der Herr Bundesminister zu ergreifen, um
die Bediensteten der Arbeitsinspektorate in Oberösterreich vor derarti-
gen verfassungswidrigen Nachforschungen über ihr Privatleben zu schützen?

-o--o--o--